



Samstag, 25. Mai 2024, 13:00 Uhr
~17 Minuten Lesezeit

Die Bündelung der Gewalten

Der Versuch, die WHO mit nie dagewesener globaler Macht auszustatten, erinnert verdächtig an die Totalitarismus-Definitionen bedeutender Denker.

von Ulrich Falke
Foto: Diego Grandi/Shutterstock.com

*Im Grunde ist alles, was wir zur Analyse heutiger
Verhältnisse brauchen, schon gesagt und geschrieben*

worden: von wichtigen Vordenkerinnen und Vordenkern der Geschichte. Etwa Hannah Arendt, Jean Jaurès, Carl von Ossietzky oder Rudi Dutschke. Sie warnten vehement vor einer destruktiven Allianz aus Kapitalismus und totalitären Tendenzen. Ihre Erkenntnisse wurden nur vielfach vergessen oder gingen im Informationswirrwarr der Medien unter. In der Folge lassen wir uns von den perfiden Vorstößen der Machteliten immer wieder überraschen. Deren Methoden sind im Grunde altbekannt, jedoch immer wieder wirkungsvoll. Das Neue an der heutigen Situation ist die Globalisierung totalitärer Bestrebungen, wie sie sich etwa im geplanten neuen globalen Pandemieabkommen zeigt. Die „Eliten“ wollen offensichtlich den Endsieg über die Freiheit und das Bild des Menschen, wie es über Jahrhunderte Gültigkeit hatte. Um den globalen Staatsstreich noch abzuwenden, müssen wir uns auf die Weisheit unserer Vorfahren besinnen sowie auf die ermutigende Tatsache, dass wir den Angreifern zahlenmäßig bei Weitem überlegen sind.

„In Zeiten des Wandels liegt es in der Natur des Menschen,

Unterstützung und Trost in der Weisheit der Vorfahren zu suchen, die ebenfalls auf die Probe gestellt worden sind“, zitiert Gabriele Gysi aus der Rede des russischen Außenministers Sergej Lawrow vor der UNO am 24. September 2022. Diese Rede sei daher „so wunderbar“, wie die Regisseurin und Schauspielerin schreibt, weil er nicht sagte: „Wir müssen über die Vorfahren urteilen, sondern: Wir müssen sie fragen.“

Im Gegensatz dazu sieht Gysi den Personenkreis der Multimilliardäre, darunter selbst ernannte „Philanthropen“ wie „Bill Gates“, der während der Pandemie im kapitalistischen Westen wie „eine Art Doktor Allwissend (auftrat) und Frau von der Leyens göttlicher Führer“ war, in Wahrheit aber „natürlich nicht klüger als er selbst ist und somit gefangen in den eigenen Kulturvorstellungen“. Vielmehr sei er (Gates), so die Autorin, „eingebettet in die transhumanistischen Ideale des WEF, eben wirklich begrenzt.“

So kommt sie in ihrem in zwei Teilen veröffentlichten Interview für „Hintergrund“ zu dem Schluss: „Es darf nicht sein, dass eine so kleine Gruppe ihren Erfahrungshorizont der ganzen Welt aufdrücken kann.“ Denn diese Gruppe fände „in ihrer Kultur, ihrem Blick auf die Welt keine Möglichkeit, andere Fragen zuzulassen als die, auf die sie die Antworten bereits kennen“. Sie geht davon aus, dass bei „der Frage der Macht auf dem Weg zur Allmacht“ den Menschen Flexibilität verloren geht. Diese Fähigkeit sei aber entscheidend, um „in Zeiten des Wandels“ passende und, so wie nur möglich, konstruktive Lösungen zu entwickeln, weshalb sie wie Lawrow nahelegt, sich bei dieser Suche der Vorfahren zu besinnen (1).

Aber bei wem der „von/r uns Gegangenen“ sollen wir Weisheit und Trost holen? Fokussieren will ich diesen Beitrag, der gleichzeitig meine kürzlich bei *Manova*, in zwei Teilen veröffentlichten Analyse über „Das Demokratie-Schlusslicht“ Deutschland ergänzt (2), auf das Thema Gewaltenteilung, dies aktuell in Zusammenhang mit den „Pandemieplänen“ der WHO. Denn, aus meiner Sicht, versucht der von Gabriele Gysi genannte Kreis aus reichsten und damit einflussreichsten Menschen dieses Planeten, samt ihres „Hofstabes“, nach der für sie vor allem höchst profitablen Corona-Orchestrierung (3) mit der Umwandlung der WHO zu einer „Allmachts-Exekutiven“ einen gewaltigen Schritt in Richtung einer dann von ihnen dominierten „Weltregierung“ und eines neuen

Totalitarismus.

Diesen erneuten Anlauf befürchtete seinerzeit die nach wie vor wohl bedeutendste Totalitarismus-Forscherin Hannah Arendt (1906 bis 1975). Aus ihrer grundlegenden Analyse des ersten Anlaufes hin zum Totalitarismus in Gestalt des deutschen Nazi-Faschismus, mit ihren auch damals superreichen Drahtziehern aus den großenteils noch immer gleichen Familiendynastien, folgerte und warnte sie zugleich:

„So sollte man nicht vergessen, dass dieses Experiment bisher noch immer in beschränktem Maßstab ausgeführt worden ist und dass es zwingend Ergebnisse nicht zeitigen kann, bevor nicht die ganze Welt unter seiner Kontrolle steht“ (4).

Zur Einstimmung möchte ich vier „weise“ und auch „Trost“ spendende „Vorfahren“ zitieren, die sich für eine menschliche Zukunft einsetzten, bevor ich auf das eigentliche Thema „Gewaltenteilung“ und die nötige Abwehr gegen die WHO-Pläne und damit, aus meiner Sicht, den neuen Anlauf in den Totalitarismus eingehe. Die Zitate stammen von:

- Alexandra Kollontai (1872 bis 1952), der Frauenrechtlerin, Autorin und als Revolutionärin, zeitweise „Kampfgefährtin“ von Rosa Luxemburg (1871 bis 1919) und Clara Zetkin (1857 bis 1933), sowie, der späteren Außenministerin und Botschafterin der Sowjetunion: *„Um die Kriege zu beseitigen, muss man alle Fabriken und Industrieunternehmungen den Herren Kapitalisten, das Land den Großgrundbesitzern nehmen, Gruben und Schächte den Privatbesitzern, die Banken den Kapitalisten und alle diese Reichtümer – verwandeln in Eigentum des gesamten Volkes“ (5).*
- „Verdichteter“ noch fasst diesen Zusammenhang der französische Sozialist und Pazifist Jean Jaurès (1859 bis 1914) – er wurde Opfer des von einem „Einzeltäter“ auf ihn verübten Attentates – mit seinem „Bild“: *„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich, wie die Wolke den Regen“ (6).*

- Die Erkenntnis von Carl von Ossietzky (1889 bis 1938) weist in dieselbe Richtung. Ossietzky war Chefredakteur und Herausgeber der *Weltbühne*. Der Pazifist erhielt den Friedensnobelpreisträger 1935, durfte diese Auszeichnung, im KZ eingesperrt, aber nicht persönlich entgegen nehmen. 1938 starb er an den Folgen der in der Haft erlittenen Folterungen und Schikanen: *„Ich habe noch niemanden gekannt, der zur Stillung seiner Geldgier auf Frieden gesetzt hätte. Die beutegierige Canallie hat von eh und je auf Krieg gesetzt“* (7).
- Schließlich seien zwei längere Passagen aus (Rede-)Beiträgen von Rudi Dutschke (1940 bis 1979), dem prominentesten Vertreter der seinerzeit „Außerparlamentarischen Opposition (Apo)“ angeführt, die erklären, wie die Fehlentwicklung der Bundesrepublik Deutschland bereits durch die Politik der Nachkriegsjahre angelegt wurde. Diese wirkt bis heute und spitzt sich, nach Phasen der Entspannung, inzwischen mehr und mehr zu. Dutschke starb an den Spätfolgen des 1968 auf ihn verübten Attentates eines „Einzeltäters“: *„Der Tag der Befreiung sah in den Westzonen die Mitverantwortlichen des Krieges, die Vertreter des Militärs, der Bürokratie, der liberalen Bourgeoisie, die Repräsentanten der ‚inneren Emigration‘ gegen Hitler, kurz, all die Gruppen, die den Faschismus halben Herzens ablehnten und den Kapitalismus mit ganzer Seele liebten, friedlich vereint: Sie waren gekommen, um die wieder einmal mögliche und noch notwendigere völlige Verschiebung der Macht- und Eigentumsverhältnisse mit der geschickten Formel von der ‚Wiederherstellung der Freiheit und des Rechtsstaates‘ erneut zu verhindern. Die durch Krieg und Verfolgung geschwächte Sozialdemokratie und die von der Sowjetunion völlig abhängige KPD waren weder willens noch fähig, den Kräften der Restauration ein radikaldemokratisches Programm, die endliche Einlösung der Forderung von 1918, entgegenzuhalten. (...)Die konservativen Kräfte in der Bundesrepublik erhielten die zusätzliche Chance, durch Beschwörung der kommunistischen Gefahr, durch ideologisches Schaffung eines Feindkomplexes, die Mehrheit des Volkes von der Erkenntnis der notwendigen Beseitigung der Wurzeln des Faschismus, der kapitalistischen Produktionsweise, abzulenken“* (8).

Und:

„Seit Jahrzehnten indoktrinieren unsere ‚Herren an der Spitze‘ die

Menschen mit dem Feindmythos. Die gesellschaftlich notwendige Lüge von der kommunistischen Subversionstätigkeit in den „freien“ Ländern dient als Rechtfertigung, um die den Frieden gefährdende, die kapitalistische Wirtschaft aber stabilisierende Rüstungsindustrie und die Bundeswehr aufrecht zu erhalten, dient der Verhüllung der wirklichen Funktion der Notstandsgesetze: innenpolitische Strukturveränderungen à priori auszuschalten.

(...) der Feind, gegen den täglich das ganze System mobilisiert wird, ist die reale Möglichkeit, die bestehende Ordnung abzuschaffen, ist die Möglichkeit, überflüssige Herrschaft zu beseitigen, das heißt die nur aus Herrschafts- und Profitinteressen hohe Arbeitszeit auf dem hohen Stand der Entwicklung der Produktivkräfte entsprechenden Minimum zu reduzieren, ist die Möglichkeit, die irrationale Rüstung, die künstliche Bürokratenzucht, die funktionale Kapital- und Gütervernichtung abzuschaffen“ (9).

Weisheit und Trost bei den Verfassungsvätern und -müttern finden

Erinnert sei im Folgenden vor allem an die „Vorfahren“, die für die neu gegründete Bundesrepublik die, bis zur erhofften „Wiedervereinigung“ als Provisorium angelegte Verfassung, das „Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland“ geschrieben hatten und somit wegweisend für die „Verfassung“ der Bundesrepublik waren. Für sie waren die Schrecken und Grausamkeiten der Gewaltherrschaft, des Holocaust und des Weltkrieges leidvoll „lebendig“ und sie hatten sich, das setze ich voraus, eine, wenn auch übergangsweise, stabile Verfassung im Sinne Ferdinand Lassalles vorgestellt, in der „was auf dem Papier steht, (...) den tatsächlichen Machtverhältnissen“ entspricht (10).

So folgt als Referenz an diese Autorinnen und Autoren ein etwas ausführlicherer Rückblick: Geschrieben hatten das Grundgesetz 65

„Verfassungsväter und -mütter“, die den Landtagen der Bundesländer der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone angehörten. Dieses allen anderen Rechtsvorschriften übergeordnete „Gesetz“ und zugleich „Klammer“ für die Gesellschaft sollte bis zum Zeitpunkt der angestrebten „Wiedervereinigung“ Deutschlands gelten, wenn sich das deutsche Volk, dann gänzlich selbstbestimmt, seine Verfassung gibt.

Erstmals tagte der Parlamentarische Rat, der das Grundgesetz in Abstimmung und in Zusammenarbeit mit den alliierten Westmächten verfasste, am 1. September 1948. Am 8. Mai 1949 nahmen diese Delegierten in ihrer Schlussabstimmung das Grundgesetz mit 53 zu 12 Stimmen an (11).

Für dessen entscheidende Ausrichtung stellte bereits auf der zweiten Sitzung ihres Plenums vom 8. September 1948 Carlo Schmid (1896 bis 1979), der „Wortführer“ der SPD und Vorsitzende des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates klar: „daß die drei Staatsfunktionen, Gesetzgebung, ausführende Gewalt und Rechtssprechung, in den Händen gleichgeordneter, in sich verschiedener Organe liegen, und zwar deswegen, in den Händen verschiedener Organe liegen müssten, damit sie sich gegenseitig kontrollieren und die Waage halten können.“ „Diese Lehre“, so seinerzeit der habilitierte Jurist, „hat ihren Ursprung, in der Erfahrung, daß, wo auch immer die gesamte Staatsgewalt sich in den Händen eines Organes nur vereinigt, dieses Organ die Macht missbrauchen wird“ (12).

Am gleichen Sitzungstag spannte Adolf Süsterhenn (1905 bis 1974), der für die Fraktion der CDU sprach, seinen Bogen bis hin zu dem französischen Philosophen Charles Montesquieu (1689 bis 1755), dessen, wie er sagte, historischer Verdienst darin bestand, dass dieser erkannt und verkündet hatte, „daß jede Macht der Gefahr des Missbrauchs ausgesetzt ist, weil jeder Mensch geneigt ist, (...) die

Gewalt, die er hat zu missbrauchen, bis er Schranken findet“.

Über die Statuierung der Menschen- und Grundrechte hinaus, so der promovierte Jurist, „fordern wir zwecks Sicherung der menschlichen Freiheit bewusst eine pluralistische Gestaltung von Staat und Gesellschaft, die jede Machtzusammenballung an einer Stelle verhindert“. Deshalb sei „die Teilung der Staatsgewalt in Gesetzgebung, ausführende Gewalt und Rechtssprechung und ihre Übertragung auf verschiedene, einander gleichgeordneter Träger“ unbedingt zu gewährleisten. „Wobei,“ so Süsterhenn „wir den besonderen Nachdruck auf die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Justiz legen“ (13).

Udo Hochschild, der in seinem 2022 veröffentlichten Buch „Engel, Menschen, Gewaltenteilung – Realität eines Verfassungsprinzips“ an diese historischen Wurzeln des Grundgesetzes erinnert, zitiert in diesem Zusammenhang auch James Madison (1751 bis 1836), den vierten Präsidenten und einer der „Gründungsväter“ der Vereinigten Staaten von Amerika. Dieser erwies sich als früher Apologet der Gewaltenteilung, als er im Jahr 1788 sagte:

„Wenn die Menschen Engel wären, so brauchten sie keine Regierung. Wenn Engel über die Menschen herrschten, dann bedürfte es weder innerer, noch äußerer Kontrollen der Regierenden“ (14).

Doch irrte Madison? Und irrten auch alle unsere wachen und gebildeten Verfassungsmütter und -väter, die aufgrund ihres psychologischen Verständnisses der menschlichen Schwächen auf Gewaltenteilung pochten, um mit diesem System der „checks and balances“ Machtanhäufung und damit zwangsläufig -missbrauch zu bändigen? Gibt es entgegen dieser skeptischen Einschätzung Ausnahmen, die einer solchen Absicherung nicht benötigten, sondern, umgekehrt, diese „Engel“ geradezu beleidigen würden? Und müsste einem solchen durch und durch guten Menschen und von allen Sünden freien Amtsträger nicht sogar unbedingt

„Allmacht“ zugesprochen werden, dies ganz besonders, wenn er doch der Retter aller Menschen „in der Not“ ist?

Ist Tedros Adhanom Ghebreyesus dieser „Engel“?

Wenn es nach der gegenwärtigen Noch-Regierung, der, rein nach der Farbenlehre als Gemisch, braunen „Ampel“ geht, die für Militarismus, Kriegstreiberei, Konzernbegünstigung und Sozialabbau steht – für eine Politik der beschleunigten Umverteilung von Reichtum und Macht von „unten“ nach „oben“, dann heißt die Antwort eindeutig: „Ja!“. Ohne Wenn und Aber will sie der WHO ihre „Pandemiepläne“ durchgehen lassen. Ein Verzicht auf Kontrolle und Gewaltenteilung ist für sie selbstverständlich. Ghebreyesus in seinem „Amt“ des Generaldirektors der WHO wollen sie exekutive „Pandemie-Allmacht“ übertragen (15).

Klar ist auch:

Wer nicht regieren kann, und sich das insbesondere nicht bei „Krisen“ zumuten möchte, aber dennoch als Regierungsmitglied das gute Gehalt und die angenehmen Privilegien, die mit einem solchen Amt verbunden sind, dann gänzlich fürs Nichtstun, weiter „mitnehmen“ will, der leitet die Verantwortung gerne an eine „höhere Instanz“ weiter und lässt diese entscheiden.

Aber auch die derzeit noch größte Oppositions-Fraktion im deutschen Bundestag, die der Anti-Bergpredigt-Partei CDU (16), scheint Ghebreyesus wie einem „Auserwählten“ huldigen zu wollen, dem alle Macht zusteht. Dabei führt diese Partei mit ihrem BlackRock-Lobbyisten als Vorsitzendem, wie zur Tarnung, den Anfangsbuchstaben „C“ für „christlich“ in ihrem Namen. Ihre

bayrische „Schwesterpartei“, CSU, hat sogar zusätzlich noch ein „S“ für „sozial“ eingefügt.

In ihrem, im Mai 2023 von *multipolar* veröffentlichten Beitrag zu der Frage „Was steckt hinter dem Pandemievertrag?“ schreibt die Autorin Elke Schenk, damit täte sich für die begünstigten Arzneimittel-Hersteller und die beteiligten IT-Konzerne eine „Goldgräberstimmung“ auf.

Die Internationalen Gesundheitsvorschriften (International Health Regulations) „IHR und Pandemievertrag schaffen“, so Schenk, „ein perpetuum mobile aus befürchteten und deklarierten Gesundheitsnotständen und dem folgenden Transfer öffentlicher Gelder in die Kassen von Laboren (Tests), IT-Industrie (digitale Überwachungsinstrumente und Gesundheitsdatensammlung) sowie Pharmaindustrie. Die vermeintliche Gesundheitsvorsorge wird zum einträglichen Geschäftsmodell, das öffentliche Gelder dauerhaft in den pharmazeutisch-industriellen Komplex und die Digitalwirtschaft lenkt“ (17).

Und so sieht Wolfgang Wodarg, der ehemalige Vorsitzende des Gesundheitsausschusses und ehemaliges Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, den Generaldirektor der WHO und sein leitendes Personal denn auch mit gänzlich anderen Augen als die „Eliten“ der bundesdeutschen Parteienoligarchie. Für den gelernten Lungenfacharzt und, seinerzeit für die SPD, langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages (1994 bis 2009) ist die WHO eine von Pharma-Monopolen und den mit diesen verbundenen Netzwerken, Finanziers und „Philanthropen“ durchzogene, durch und durch korrupte Institution (18).

Die WHO hat sich der

Arzneimittelindustrie angebedert

Seine Frage: „Wie hat die WHO es geschafft, eine milde Grippe zur Pandemie aufzublasen?“ beantwortete der promovierte Mediziner in seinem 2021 veröffentlichten Bestseller „Falsche Pandemien, Argumente gegen die Herrschaft der Angst“ sich selbst: Voraussetzung dafür war, dass die WHO seit 2007 die Definition einer gesundheitlichen Notlage mehrmals verändert hat.

„Ende April 2009,“ so Wodarg, entfernte sie „ihre bislang gültigen Indikatoren für eine Pandemie von ihrer Homepage und veröffentlichte stattdessen einen Stufenplan, der einfach nur die globale Ausbreitung eines neuen Erregers, also das eigentlich normale Verhalten von Viren, zum Charakteristikum für die Auslösung eines weltweiten Pandemie-Alarms machte. „Nach dieser Definition“, so der Autor, „haben wir seit 2009 quasi eine Dauer-Pandemie.“

Für den Mediziner liegen die Hintergründe klar: Die WHO hat sich der Arzneimittelindustrie angebedert.

„Durch ihre dominierende Rolle und ihre intransparenten Kooperationen kann die Weltgesundheitsorganisation als Fearmonger, Angstmacher bei der Vermarktung von Test-Kits, Impfstoffen, Medikamenten, Masken und anderen Produkten helfen. (...) In den seit Ende April 2009 geltenden sechs Pandemie-Phasen hatte die WHO bereits das Kriterium zur Schwere der Krankheitsverläufe und die Zahl der Todesfälle stillschweigend fallen gelassen.“

Das geschah unmittelbar nach der von der WHO ausgerufenen „Schweinegrippe-Pandemie“, die sich, wie zuvor schon die „Vogel-Grippe“ und später „Corona“ schnell als „Fake“ erwies. „2017 passte sie die Pandemie-Definition noch mehr den Wünschen der

Impfstoff-Hersteller an.“

Wodargs Versuch, nach dem WHO-Fake der Schweinegrippe-„Pandemie“ noch als Mandatsträger innerhalb des Europarates der Umverteilung öffentlicher Steuermittel an die privaten Profiteure entgegenzusteuern, bestand darin, die für die Pharmafirmen optimierten Definitionen von „Pandemien“ untersuchen zu lassen. Vertreter des Sozialausschusses des Europarates analysierten die bis dahin entstandenen insgesamt elf Definitionen der „Weltgesundheitsorganisation“.

Im März 2010 wurde diese Auswertung Delegierten der Parlamentarischen Versammlung vorgestellt. Sie, so Wodarg, „bestätigen die Richtigkeit meines Vorwurfes, die WHO habe ‚just in time‘ die Definitionen einer Pandemie verändert, um Partner aus der Arzneimittelindustrie die gewünschten Geschäfte zu ermöglichen.“ Trotz dieses entlarvenden Ergebnisses hinderte es die WHO nicht daran, „später zu Weihnachten 2020“, so Wodarg, „der Welt sogar eine neue Definition der Herdenimmunität (zuzumuten), die sich nur noch auf den Durchimpfungsgrad der Bevölkerung bezieht“ (19).

Durch das „Phasen-Modell“ der WHO nach „Pandemie“-Neudefinition würde deren Profiteuren quasi ein „Abo“ auf „Pandemien“, samt Vor- und Nachstufen eingerichtet. Wer sich wundern sollte, wieso die „Jahrhundertseuchen“ plötzlich alle paar Jahre die Menschheit heimsuchen und daher „für unser aller Schutz“ ein dauerhafter Alarmismus und Kontrollapparat erzeugt werden müsste, für den ist bereits die „wissenschaftliche Erklärung“ von den „Zoonosen“ vorbereitet. Für diese wiederum liefern der „Klima-Wandel“ und unter anderem der dadurch erzeugte Rückgang der Artenvielfalt sowie die Massentierhaltung die „logischen Begründungen“.

Das dann ganz nach Kurt Tucholsky (1890 bis 1935), wo er in „Wir

Negativen“ über ein „Deutschland voll unerhörter Korruption, voll Schieber und Schleicher“ schreibt und von einem „Klüngel, dem übermäßig erraffter Besitz und das Elend der Heimarbeiter gottgewollt erscheint, der von erkaufte Professoren beweisen läßt, daß dem so sein muß“ (20).

Gain-of-Function-Forschung wird vertuscht

Die Zoonose-Fabel lenkt zugleich möglichst weit von der sehr viel wahrscheinlicheren Erklärung für einen möglichen Ausbruch „neuartiger“ Mikroben ab, dass nämlich die biotechnisch veränderten Viren oder Bakterien, möglicherweise auch Pilze, in einem der „unzähligen“ Biolabore versehentlich entwichen oder auch im „Feldversuch“ oder Krieg als Waffe „scharf gemacht“ wurden.

Allein das US-amerikanische Pentagon soll rund 200 dieser Einrichtungen, in denen Gain-of-Function-Forschung und -Entwicklung betrieben wird, unterhalten beziehungsweise fördern. Jeweils parallel geforscht wird an „Impfstoffen“, deren Entwicklung die den beteiligten und begünstigten Unternehmen epochale Profite „bescheren“, und die als „Gegenmittel“ für das Militär, so wird dessen Kalkulation sein, kriegsentscheidend wirkten.

Und so gibt es „weder in den IHR noch im geplanten Pandemievertrag Regeln zur Eindämmung der hochgefährlichen Biowaffenforschung (Gain-of-Function-Forschung). Und das, obwohl inzwischen weitgehend darüber Konsens besteht, dass das neuartige Coronavirus (SARS-CoV-2) aus einem Biowaffenlabor in Wuhan stammt. In diesem arbeiteten oder arbeiten Forscher aus den USA und China gemeinsam daran, Viren gefährlicher zu machen“, schreibt Norbert Häring in seinem aktuellen Beitrag für

Hintergrund: „WHO: Die Lüge von der Transparenz“ (21).

Das „Phasen-Modell“ nach der „weichgespülten“ WHO-Neudefinition von „Pandemie“ erinnert mich zugleich an die von Hannah Arendt aufgestellten Merkmalen des Totalitarismus. Denn, so die „politische Theoretikerin“:

„Der Weg der totalen Beherrschung durchläuft viele Zwischenstationen, die vergleichsweise noch normal und verstehbar sind“ (22).

Dass in den Entwürfen für die Neuverträge der Staaten mit der WHO die entscheidende Formel von der „Würde des Menschen“ gestrichen wurde, scheint ebenfalls ein Hinweis auf einen Anlauf in Richtung eines neuen Totalitarismus. So schreibt Arendt in ihrem, bereits oben zitierten „Essay“ „Totalitarismus und die Zerstörung des Menschen“:

„In der nur ideologischen Verachtung der Tatsächlichkeit einer gegebenen Welt, gegen die der gesunde Menschenverstand sich noch immer zu behaupten wußte, lag noch der menschliche Stolz, die gegebene Tatsächlichkeit meistern, für menschliche Zwecke einrichten und ändern zu können. Mit diesem Stolz gerade, der in der abendländischen Tradition zumindest mit zu der Würde des Menschen gehörte, ist es in der totalitären Welt vorbei; gerade diesen Stolz zerstört die zwangsläufige Stimmigkeit und Unentrinnbarkeit eines Suprasinnes, der von menschlichem Trachten und Handeln ganz unabhängig bleibt“ (23).

Millionen zusätzlicher Hungertote durch Ausrufung der „Pandemie“

Fakt ist, dass mit der Ausrufung der „Coronapandemie“, die

reichsten Menschen „ihr“ Vermögen verdoppeln konnten, wie es in einer Pressemitteilung von Oxfam Deutschland im Januar 2022 heißt, „während über 160 Millionen zusätzlich in Armut leben. Die einen verdienen, während die anderen sterben“. Und die Pressemitteilung zu ihrem „Bericht zur sozialen Ungleichheit“ vom Januar 2024 fasst als Tatsache zusammen:

„Die fünf reichsten Männer haben ihr Vermögen seit 2020 verdoppelt, fünf Milliarden Menschen sind ärmer geworden. Superreiche und Konzerne profitieren von Inflation, Kriegen und Pandemie, während die meisten Menschen unter den Folgen leiden“ (24).

Und genau diese durch seine Ausrufung der „Pandemie“ verursachten Folgen der Millionen zusätzlicher Hungertoten und des milliardenfach erzeugten Leids hat der Generaldirektor der WHO mindestens mit zu verantworten. Ein Engel kann er nicht sein.

Aber nicht nur Ghebreyesus, sondern auch alle anderen, die Verantwortung trugen, wussten seinerzeit über die durch ihre Politik mindestens mitverursachten „Kollateralschäden“ Bescheid, denn bereits frühzeitig und eindringlich warnten Organisationen wie das Welternährungsprogramm (WFP) oder die Welthungerhilfe vor der mit der „Pandemie“ verbundenen Hungerkatastrophe.

Viele Menschen, vor allem in sogenannten Entwicklungsländern, fielen in absolute Armut, weil ihre Arbeits- und Versorgungsstätten schlossen, sie aufgrund der Unterbrechungen des Transportwesens von ihren Einnahmequellen abgeschnitten waren oder durch den Zusammenbruch teils ganzer Lieferketten auch ihre Versorgung mit Lebensmitteln ausfiel beziehungsweise sie sich die durch die Verknappung teure Nahrung nicht mehr leisten konnten (25).

Noch besteht Hoffnung, dass es zu den Verträgen für die „Pandemie-Abos“ und damit dem kapitalgesteuerten Anlauf in einen

neuen Totalitarismus nicht kommt, denn, wie Elke Schenk schreibt:

„Angesichts der Geschwindigkeit, in der die westliche Dominanz in der internationalen Politik schwindet, stellt sich die Frage, wie sich neue geopolitische Allianzen zu den WHO-Vorhaben positionieren“ (26).

Zumal rund 300 Änderungsanträge in den aktuellen Fassungen der neuen Vertragsentwürfe offenbar noch gar nicht eingearbeitet und berücksichtigt sind. So ergänzt die Juristin Karolin Ahrens in ihrem Hintergrund-Beitrag „Der WHO-Pandemievertrag“ vom Mai/Juni 2024:

„Obgleich ein entsprechender Vorschlag des Pandemieabkommens vier Monate vor der 77. Weltgesundheitsversammlung im Mai 2024 vorliegen sollte, ist dieser derzeit final nicht öffentlich zugänglich“ (27).

Allein schon „formal-rechtlich“ könnte somit dieser Anlauf in einen dauerhaften Alarmismus, um die Völker ängstlich und gebückt zu halten und in ausbeuterischer Dyspothie, vorerst „ausgebremst“ sein – und sich die Gegenseite, wir, die 99 Prozent der Weltbevölkerung in ihrem Kampf um eine Welt in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit neu formieren (28).



Ulrich Falke lebt in Berlin und hat unter anderem bei dem ehemaligen Widerstandskämpfer und „Verfassungsvater“ Fritz Eberhard Publizistik studiert. Als Journalist schrieb er zuletzt für Wissenschaftsredaktionen und Auftraggeber wie das Bundesforschungsministerium. Außerdem arbeitete er

als Mentor für Politikwissenschaft, als Familientherapeut und als Lehrer vornehmlich in „Willkommensklassen“, im Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer sowie ehrenamtlich im Kirchenasyl. Seit 2020 gehört er dem Autorenkreis von Rubikon, heute Manova, an.